



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 1. Dezember 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-33-0006

Benutzerfreundlicher Haltestellenausbau - Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 25.11.2020 -

Seit einigen Jahren steht der barrierefreie und somit benutzerfreundliche Ausbau der Bushaltestellen in besonderem Fokus. Die Stadt Wiesbaden agiert damit im Einklang mit der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes aus dem Jahr 2013, das im öffentlichen Personennahverkehr eine vollständige Barrierefreiheit vorschreibt, die bis zum 1. Januar 2022 erreicht sein muss.

Im aktuellen Nahverkehrsplan der Stadt aus dem Jahr 2015 heißt es dagegen: „Gemäß dem Personenbeförderungsgesetz § 8 Abs. 3 Satz 5, strebt die Landeshauptstadt Wiesbaden an, Aussagen über konkrete Maßnahmen und deren zeitliche Umsetzung zu treffen, um sich dem Ziel der Barrierefreiheit weiter anzunähern.“ (S. 80). Es werden jedoch keine konkreten Aussagen über zeitliche Vorgaben und erforderliche Maßnahmen getroffen. Die Frist 1. Januar 2022 ist bindend, außer im Nahverkehrsplan werden Ausnahmen konkret benannt und begründet. Dies ist im Wiesbadener Nahverkehrsplan nicht der Fall. Stattdessen verweist der Nahverkehrsplan darauf, es gäbe noch keine Definition der Begrifflichkeit „vollständige Barrierefreiheit“ und begnügt sich im Folgenden damit festzustellen: „Dabei ist der Aspekt Realisierbarkeit vor dem Hintergrund technischer, wirtschaftlicher und örtlicher Rahmenbedingungen zu beachten.“ (S. 11) Ob der gesetzlichen Anforderung, die auch auf europäischer Ebene verbrieft ist (z.B. durch die Richtlinie (EU) 2019/882 vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen) damit Genüge getan wird, ist äußerst zweifelhaft.

Seit 2016 sind weit über 30 Sitzungsvorlagen mit Einzelmaßnahmen mit dem Ziel benutzerfreundlicher Haltestellen an verschiedenen Stellen im Wiesbadener Stadtgebiet in den Geschäftsgang gegeben und beschlossen worden. Ein Überblick, wie weit der Aus- und Umbau der Haltestellen insgesamt fortgeschritten ist, fehlt auch.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten

1. wie viele Haltestellen bereits benutzerfreundlich bzw. barrierefrei ausgebaut wurden
2. ob der Umbau bis 01.01.2022 voraussichtlich abgeschlossen sein wird; wenn nein, warum nicht;
3. wie viele und welche der Beschlüsse zum benutzerfreundlichen Umbau noch nicht umgesetzt wurden;
4. auf welche Weise die bisherigen Auftragsvergaben (z.B. Einzel- oder Sammelvergaben) erfolgt sind;

5. in welcher Höhe bereits Investitionskosten durch den Umbau der Haltestellen verursacht wurden und voraussichtlich verursacht werden.
-

Beschluss Nr. 0306

Der Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 25.11.2020 wird in folgender Fassung angenommen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten

1. wie viele Haltestellen bereits benutzerfreundlich bzw. barrierefrei ausgebaut wurden
2. ob der Umbau bis 01.01.2022 voraussichtlich abgeschlossen sein wird; wenn nein, warum nicht;
3. wie viele und welche der Beschlüsse zum benutzerfreundlichen Umbau noch nicht umgesetzt wurden;
4. auf welche Weise die bisherigen Auftragsvergaben (z.B. Einzel- oder Sammelvergaben) erfolgt sind;
5. in welcher Höhe bereits Investitionskosten durch den Umbau der Haltestellen verursacht wurden und voraussichtlich verursacht werden.
6. Für welche Maßnahmen konnten GVFG-Mittel requiriert werden, für welche Maßnahmen nicht?
7. In welchem Umfang ist zur Umsetzung bis heute der Garagenfonds belastet worden und in welchem Umfang könnte er noch belastet werden?
8. Wie hoch ist die genaue derzeitige Dotierung des Garagenfonds?

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2020

Dr. Uebersohn
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat

Wiesbaden, .12.2020

- 16 -

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister